



**ERASMUS+**  
**Understanding Europe**

**Erasmus+ - Strategische Partnerschaft in der Erwachsenenbildung 2016-2018**

**Understanding Europe**

**„ERASMUS+ - Understanding Europe 2016-2018 (2016-1-AT01-KA204-016702)**

Vorwort zum deutschen Beitrag

Dieses Handbuch ist während zwei Jahren Projektarbeit vor Ort und während vier Meetings in Wien (A), Sofia (BG), Konstanz (D) und Resita (RO) entstanden. Der Sprachendienst Konstanz arbeitet täglich mit Zuwanderern aus der ganzen Welt. Wir unterrichten die deutsche Sprache und wir möchten unseren Kursteilnehmern zeigen, wie Deutschland und Europa funktionieren: politisch, kulturell, sozial. Und wir wollen, dass diese etwas über Geschichte lernen, um Deutschland und Europa besser zu verstehen.

Mit diesem Handbuch geben wir Unterrichtenden eine inhaltsreiche und didaktisch aufbereitete Wegleitung, die es bisher in dieser Form nicht gegeben hat.

Am Ende eines jeden Kapitels präsentieren wir Vorschläge für die konkrete Unterrichtsplanung.

Einige Teile davon haben wir bereits in der Praxis mit gutem Erfolg getestet.

Wir wünschen uns, dass wir mit diesem Handbuch dazu beitragen, Zuwanderern und Geflüchteten notwendige Kenntnisse zu vermitteln, die Lernprozesse in Gang setzen, um in Deutschland respektive in Europa Fuß zu fassen und ihre Zukunft selbst zu gestalten.

Herausgeber:

Sprachendienst Konstanz

Wallgutstr. 3

78462 Konstanz

Tel.: ++49 7531 15846

info@sprachendienst-konstanz.de

www.sprachendienst-konstanz.de

ERASMUS+ - Understanding Europe 2016-2018

## **Inhalt**

Kapitel 1 Deutsche Geschichte (1871 – 2017)	S. 1
1.1. Gründung des Deutschen Reiches	
1.2. Die Machtergreifung	
1.3. Der Aufbau des Nationalsozialistischen Staates	
1.4. Der Widerstand 1933 – 1945	
1.5. Die Verfolgung und Auslöschung der Juden 1933 -1945	
1.6. Kriegsende und die zwei deutschen Staaten BRD und DDR	
1.7. Deutschland und Europa	
Kapitel 2 Deutsche Institutionen	S. 9
2.1. Das politische System: vertikale Gewaltenteilung	
2.2. Die parlamentarische Demokratie	
2.3. Der Bundespräsident	
2.4. Die Justiz	
2.5. Das Sozialsystem	
2.6. Das Bildungssystem	
Kapitel 3 Demokratie, Partizipation, Staatsbürgerschaft	S.17
3.1. Politische Parteien	
3.2. Interessensgruppen	
3.3. Das Wahlsystem	
3.4. Formen der politischen Partizipation	
3.5. Einwanderung	
3.6. Deutsche Staatsbürgerschaft	
Kapitel 4 Leben in Deutschland	S.24
4.1. Kultur	
4.2. Medien	
4.3. Kirchen und Religion	
4.4. Das Schulsystem	
4.5. Sport	
4.6. Wohnen	
4.7. Das Wirtschaftssystem	
4.8. Der Arbeitsmarkt	
4.9. Einwanderungspolitik	



# **1. Deutsche Geschichte 1871 - 2017**

## **1.1. Gründung des Deutschen Reiches**

Nach der Reichsgründung 1871, war Deutschland eine Monarchie unter den deutsch-preußischen Kaisern Wilhelm I. Und Wilhelm II. Bis 1918 blieb Deutschland ein Kaiserreich. Nach der Niederlage des 1. Weltkrieges und der Revolution von 1918 wurde die erste demokratische Deutsche Republik, die Weimarer Republik, gegründet und Wilhelm II floh in die Niederlande. Der Friedensvertrag von Versailles legte die Grenzen Deutschlands neu fest und trennte dabei Ostpreußen vom Polnischen Korridor. Die Weimarer Republik behielt stabile Grenzen, scheiterte aber politisch.

## **1.2. Die Machtergreifung**

1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Kurz danach übernahmen die Nationalsozialisten die Führung und setzten ihre Regierungskonzepte und politischen Ideen um. Die Partei übertrug jegliche Kontrolle einer einzigen Person: Adolf Hitler. Dessen Zukunftsvorstellungen für Deutschland basierten auf dem Führerprinzip, Antisemitismus und der Überlegenheit der fiktiven arischen Rasse. Auf der Basis einer Militärstruktur, wollte Hitler Deutschlands internationale Bedeutung zurückgewinnen und das Land nach Osten hin erweitern.

## **1.3. Der Aufbau des Nationalsozialistischen Staates**

Die Nationalsozialisten zerstörten die Demokratie sehr schnell und etablierten eine Diktatur. Danach übten sie auf alle Aspekte des öffentlichen und privaten Lebens Kontrolle aus. Mit Parteimitgliedern wurden alle entscheidenden politischen und gesellschaftlichen Positionen besetzt. Andere Parteien wurden verboten, und die Gegner der Nationalsozialisten – vor allem die Kommunisten, aber auch Mitglieder der SPD oder der Zentrumspartei – wurden von der Politik ausgeschlossen, verhaftet oder ermordet. Kritische Stimmen, wie Autoren, Schauspieler oder Intellektuelle, die versuchten die Gefahr der Nationalsozialisten aufzuzeigen, wurden eingeschüchtert oder verhaftet, und ihre Werke wurden verboten. Kinder und Jugendliche mussten

der Hitlerjugend beitreten, wo ihnen von einem jungen Alter an die Prinzipien der Militärstruktur und die rassistische Philosophie des Naziregimes beigebracht wurden.

#### **1.4. Der Widerstand 1933 - 1945**

Die meisten Deutschen, aber nicht alle, folgten der neuen Ideologie. Einige begriffen, dass das Naziregime eine auf Rassismus, Gewalt, Exklusion und Größenwahnsinn aufgebaute, faschistische Diktatur war. Sie sahen die Ungerechtigkeit des neuen Regimes und versuchten es zu bekämpfen. Die meisten von ihnen mussten mit dem Leben zahlen. Dabei sind vor allem Claus Schenk Graf von Stauffenberg, die studentische Widerstandsgruppe "Die weiße Rose" mit Hans und Sophie Scholl, Georg Elser, die Edelweißpiraten und Dietrich Bonhoeffer zu erwähnen.

Von 1933 bis 1945 war Deutschland unter der Führung der Apologeten des Nationalsozialistischen Systems, ein faschistischer Staat. Als solches und durch den militärischen Angriff auf Polen, hat Deutschland den zweiten Weltkrieg, der bis 1945 dauerte, angefangen.

#### **1.5. Die Verfolgung und Auslöschung der Juden**

Im Laufe der europäischen Geschichte waren die Juden wiederholt der Verfolgung ausgesetzt. Im Deutschen Reich (1871-1918) hatten sie die gleichen Rechte wie andere Bürger erhalten, aber antisemitische Ressentiments blieben weiterhin verbreitet. Vom Beginn der Hitler-Diktatur an wurden jüdische Bürger vom öffentlichen Leben ausgeschlossen und sahen sich stark eingeschränkt. Sie verloren ihre Positionen als Lehrer, Professoren, Ärzte, Anwälte, Schauspieler oder Soldaten; Studenten wurden aus der Universität geworfen. Jüdische Schüler mussten jüdische Schulen besuchen, bis auch diese geschlossen wurden. Deutschen Juden wurden Ehen mit "Ariern" untersagt, und sie verloren ihre Staatsangehörigkeit. Am 9. November 1938, der Tag den die Nationalsozialisten "Reichskristallnacht" nannten, wurden Synagogen, jüdische Geschäfte, Institute sowie Häuser zerstört oder geplündert; Juden wurden misshandelt oder umgebracht. Angesichts dieser Verfolgung, entschieden sich viele Juden zu emigrieren.

Aber dies waren nur die ersten Schritte zum Genozid hin. Nach Beginn des Zweiten Weltkriegs, wurde eine Auswanderung unmöglich und Juden mussten in ihnen zugewiesene Häuser oder Stadtteile, sogenannte Gettos, ziehen. - Nicht nur in

Deutschland, sondern in allen okkupierten Ländern. Als nächstes begannen die Nazis alle Juden in Europa zu verhaften und sie in Konzentrationslager zu stecken, wo sie Terror ausgesetzt waren und unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten mussten. 1941 organisierte das Naziregime die systematische Auslöschung aller europäischen Juden. Es wurden schätzungsweise 5,6 bis 6,3 Millionen Juden in diesem Genozid, heute Holocaust oder Shoa genannt, ermordet.

### **1.6. Kriegsende und die Gründung der zwei deutschen Staaten: BRD und DDR**

Am 8. Mai 1945 ergab sich Deutschland endlich bedingungslos. Der Zweite Weltkrieg war beendet. Deutschland wurde in vier Zonen aufgeteilt. Der Westen war jeweils in eine amerikanische, eine britische und eine französische Zone unterteilt, während der Osten von der Sowjetunion besetzt wurde. Auch Berlin bekam vier Sektoren .

Am 23. Mai 1949 wurde die Bundesrepublik Deutschland (BRD) auf den von den westlichen Alliierten Gebieten gegründet. Bonn wurde die Hauptstadt der BRD. Am 7. Oktober 1949 wurde die Deutsche Demokratische Republik (DDR) auf den von der Sowjetunion besetzten Gebieten gegründet. Ostberlin wurde Hauptstadt der DDR.

Im Gegensatz zum sozialistischen System der DDR, orientierte sich Westdeutschland am Westen und proklamierte das Kapitalismusmodell der sozialen Marktwirtschaft, welche auf einer Partnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter Repräsentanz gestärkter Gewerkschaften beruhte.

Im Jahr 1955, bot Stalin, der Generalsekretär der UdSSR der Bundesrepublik eine Wiedervereinigung mit dem sowjetischen Sektor an, unter der Voraussetzung, dass Deutschland ein neutrales Land wie Österreich wird; aber Adenauer, der damalige Bundeskanzler der BRD, entschied sich für eine Wiederbewaffnung und die Gründung der Bundeswehr.

Daraufhin gründete ein Jahr später, 1956, auch die Deutsche Demokratische Republik ihre eigene Armee, die "Volksarmee". Danach waren beide deutschen Staaten militarisiert.

Der Kalte Krieg teilte Deutschland und Europa in einen West- und einen Ostblock. Die militarisierte BRD gehörte zur NATO und die DDR zum Warschauer Pakt. Der Höhepunkt des Kalten Krieges und die Teilung Deutschlands manifestierten sich im Bau der Berliner Mauer im August 1961. Sie verlief durch Berlin, teilte West- und Ostdeutschland und stand symbolisch für die Teilung des Landes.

Anfang der Sechziger Jahre begann ein Wettüsten zwischen den USA und der UdSSR. In der BRD organisierten politisch aktiv Menschen und Gruppen eine Bürgerrechtsbewegung mit Friedensmärschen, "Ostermarschbewegung" genannt. In den späten Sechziger Jahren begann überall auf der Welt eine Revolution junger Menschen gegen das Establishment, ausgelöst durch den Krieg der USA in Vietnam. In der BRD ging es auch darum, dass Repräsentanten des alten Systems immer noch politische und gesellschaftliche Positionen innehatten. In Westdeutschland versuchte die junge Studentengeneration die Nazivergangenheit ihrer Väter zu verarbeiten. 1968 griff die Studentenrevolution auf alle Universitäten über zusammen mit der neu entstandenen Frauenbewegung.

Ende der Siebziger Jahre begann unter der sozial-liberalen Regierung eine neue Ostpolitik. Der damalige Bundeskanzler – Willi Brandt – besuchte 1971 die DDR. Am 21. Juni 1972 wurde der Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR unterzeichnet. Der Vertrag regulierte unter anderem ein Reiseabkommen zwischen den zwei Staaten. Diese Entspannungspolitik weitete sich bald auf den Rest Europas aus und führte zu Protestbewegungen innerhalb der Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts. In der zweiten Hälfte der Achtziger Jahre wurde in Polen die "Solidarnocs"- Bewegung gegründet und in der Sowjetunion begann die "Perestroika" und "Glasnost" unter Gorbatschow.

Am 9. November 1989 wurde die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten geöffnet.

Am 31. August 1990 wurde der Wiedervereinigungsvertrag zwischen den Siegern des ersten Weltkriegs und den zwei deutschen Staaten (der sogenannte 2+4 - Vertrag) unterzeichnet. Danach galt Deutschland wieder als ein souveränes Land.

### **1.7. Deutschland und Europa**

Der Kalte Krieg spaltete nicht nur Deutschland sondern auch Europa. Am 7. Mai 1948 trafen sich Politiker aus 17 Ländern – darunter auch die BRD, - unter dem Vorsitz des britischen Premierministers Winston Churchill in Den Haag, um Optionen für eine westeuropäische Zusammenarbeit zu diskutieren und einen dauerhaften Frieden zu sichern. Der Vorschlag von Churchill waren die „Vereinigten Staaten von Europa" und daraus entstand der Europarat mit Sitz in Straßburg, der auch heute noch das Diskussionsforum für die politischen Fragen Europas ist.



Am 9. Mai 1950 wurden die Ideale eines vereinigten Europas Wirklichkeit. Am 18. April 1951 unterzeichneten Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg, die Niederlande und die BRD den Pariser Vertrag, um die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu gründen. Dem Vertrag sollte Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg diplomatische und wirtschaftliche Stabilität verleihen.

Seit dem Vertrag von Rom im Jahr 1957 schritt der Vereinigungsprozess voran: Organe der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und Euratom vereinigten sich 1967 zur Europäischen Gemeinschaft (EG). Die EG entwickelte sich mit dem Vertrag von Maastrich 1992 zur Europäischen Union (EU), auch bekannt als Vertrag der Europäischen Union.

Der bis dato letzte Schritt war die Etablierung einer Verfassungsbasis. Und zwar der Vertrag von Lissabon vom Oktober 2007 sowie die Schaffung des HV (Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik). Die Bemühungen dies zwischen 2000 und 2004 zu realisieren, waren vorab an Volksentscheiden in Frankreich und den Niederlanden 2005 gescheitert.

Unter deutscher Europapräsidenschaft 2007 wurde ein Grundvertrag unterzeichnet werden konnte.

Mit der Einführung des Euros als offizielle Währung, musste Deutschland seine starke D-Mark nach fünfzig Jahren aufgeben.

Der Europäische Vereinigungsprozess hat sich in den letzten 65 Jahren stark und massiv weiterentwickelt. Je besser sich die EU entwickelte, desto stärker wurde der politische Einfluss aus Brüssel auf die nationale Politik, Gesetzgebung und Interessen. Dies hat zu starkem Euro-Skeptizismus geführt.

English	German
Teaching Concept – Understanding German History -	Stundenverlauf – deutsche Geschichte verstehen
Learning objective: Students gain an overview of the historical development of dictatorship and democracy from 1871 until today.	Lernziel: Überblick im Längsschnitt über Diktatur und Demokratie in der deutschen Geschichte von 1871 bis heute.
Students attend school type VAB-O (Preparatory year Work and Profession for Germany) 19 students (6 female, 13 male) come from Syria, Afghanistan, Iraq, and one male student from Bulgaria. Students are 15 years min and fulfil compulsory school attendance. Ideally students will follow up with school type VAB providing them with a school leaving certificate and a training position in various trade-specific companies. Internships and workshop lessons are arranged by this course. Resources are one year of learning German and a school social worker solely for this school type is provided.	Lerngruppe VAB-O (Vorbereitungsjahr Arbeit und Beruf ohne Deutschkenntnisse) 19 Teilnehmer:innen aus Syrien, Afghanistan, (Iran, Irak), Bulgarien, die als Flüchtlinge seit einem Jahr in Konstanz leben. Sus sind mindestens 15 Jahre alt und erfüllen in dieser Schulart ihre Berufsschulpflicht. Ziel ist es, sie in die weiterführenden Schulen zu integrieren und idealerweise in Ausbildung zu bringen. Sus absolvieren Praktika und haben Werkstattunterricht. Eine Sozialarbeiterstelle im Hause ist zugeteilt.
Learners learn for the A2 Exam according to CEF.	Die Lerngruppe wird auf die A2 Prüfung vorbereitet nach dem GER.

Lernschritt benötigte Zeit	Inhalt	Methoden / Hilfsmittel	Lernergebnisse Kompetenzziele	Annexes
Warm-Up 5'	Worte, die Deutschland beschreiben.	<b>Die Lernenden arbeiten im Think-Pair-Share-Modus</b> <u>Arbeitsblatt 1</u> : "Das ist Deutschland für mich". <u>Aufgabe</u> : Welche Wörter gehören zu Deutschland. Umkreisen Sie sie. Fallen Ihnen weitere Wörter ein?	Students present their words.	<a href="http://www.bpb.de/shop/lernen/the-ma-im-unterricht/228373/logbuch-neuland">http://www.bpb.de/shop/lernen/the-ma-im-unterricht/228373/logbuch-neuland</a>
Pool - Informatio nen I 5'	Fakten über den Staat und die Regierung.	<b>Lehrer-Lerner-Gespräch</b> <u>Q&amp;A</u> : Wer ist das Oberhaupt von Deutschland? Wie heißt er/ sie? Wie lautet sein / ihr Titel? Kennen Sie andere deutsche Bundeskanzler? Wann hat Deutschland Geburtstag und wie alt ist es? Was gab es davor? Was Wissen Sie von deutscher Geschichte?	Die Lernenden systematisieren und teilen ihr Grundwissen.	
Present - Informatio	Geschichtliche Entwicklung	<b>Lehrerinput</b> gibt einen Überblick über Deutsche Geschichte	Die Lernenden erwerben einen Überblick über	PowerPoint

nen II 15'	Deutschlands	<b>Plenungsgespräch</b> Die Lernenden beschreiben die Photos in der PowerPoint und analysieren die Karte	deutsche Geschichte	
Angeleitete Lernen 7'		<b>Die Lernenden betreiben Einzelarbeit</b> <u>Arbeitsblatt 2:</u> <u>Aufgabe 1:</u> Ordnen Sie die Bilder den Wörtern zu. <u>Aufgabe 2:</u> Entscheiden Sie, ob die Aussagen richtig oder falsch sind. Korrigieren Sie falschen Aussagen mit Ihren eigenen Worten. <b>Partnerarbeit:</b> Vergleichen und besprechen Sie Ihre Antworten mit dem Partner!	Die Lernenden wiederholen und festigen ihr Wissen.	Worksheet 2
Freies Üben 8'		<b>Think -pair -share</b> <u>Aufgabe 3:</u> Schreiben Sie einen kurzen Text über Deutschland. Was haben Sie über Deutschland gelernt? Was war für Sie neu? Schreiben sie 2 Sätze. Bereiten Sie eine Kurzpräsentation für Ihren Kurs vor.	Die Lernenden verarbeiten das Gelernte und begreifen, dass Deutschland nicht immer eine Demokratie war.	
Abschluss 5'	Texte der Lernenden	<b>An der Tafel</b> Aufgabe: Präsentieren Sie Ihre Sätze der Klasse Der Lehrer sammelt die Blätter ein und beendet den Unterricht.	Die Lernenden vergleichen ihre Ergebnisse und sichern diese ab. Ihr Antworten werden abgegeben.	

## **2. Deutsche Institutionen**

### **2.1. Das politische System: vertikale Gewaltenteilung**

Die Bundesrepublik Deutschland ist eine parlamentarische Demokratie. Die staatliche Gewalt ruht auf drei Säulen, welche unabhängig voneinander agieren. Das System basiert auf dem System der asymmetrischen Teilung der (Staats)Gewalt. Die Legislative ist für die Verabschiedung von Gesetzen verantwortlich. Die Exekutive kümmert sich darum, dass diesen Gesetzen Folge geleistet wird. Die Judikative spricht anhand der Gesetze Recht.

Die BRD ist ein Staat mit föderalem Charakter. Die Bundesebene ist die höchste Ebene innerhalb der BRD.

Die zweite Ebene politischer Macht besteht aus 12 Bundesländern und 4 Stadtstaaten. Diese haben eigene Parlamente und Regierungen, die über viele Verwaltungsaufgaben unabhängig von der Bundesregierung entscheiden. Das Oberhaupt einer Landesregierung ist der Ministerpräsident und sein Parlament heißt Landtag.

Städte und Gemeinden konstituieren die dritte Ebene politischer Gewalt. Sie haben ebenfalls ihre eigenen Parlamente und Verwaltungsapparate. Ein (Ober)Bürgermeister leitet beispielsweise eine Gemeinde. Ihre Parlamente heißen normalerweise Gemeinderäte.

### **2.2. Die parlamentarische Demokratie**

Deutschland hat zwei Parlamente: den Bundestag und den Bundesrat.

Im Bundestag werden Gesetze verabschiedet. Der oder die Bundeskanzler/in ist das Regierungsoberhaupt. Er oder sie bestimmt mit den Minister die Richtlinien der Politik. Der Bundestag wird alle vier Jahre von den wahlberechtigten Wählern gewählt.

Von allen Bundesländern entsandte Vertreter bilden den Bundesrat. Diese Vertreter werden in ihren jeweiligen Bundesländern von den berechtigten Wählern gewählt. Im Bundesrat werden die verabschiedeten Gesetze bestätigt oder in den Bundestag zur Überarbeitung zurückgegeben.

### **2.3. Der Bundespräsident**

Der Bundespräsident ist das Staatsoberhaupt. Er ist der oberste Repräsentant Deutschlands. Der Bundespräsident hat keinerlei exekutive Gewalt und wird von der Bundesversammlung bestimmt. Diese Versammlung besteht aus den Abgeordneten des Bundestags, den Vertretern der Bundesländern sowie Vertretern der Ressorts Sport, Kultur und der akademischen Welt. Die Bundesversammlung tagt einmal alle fünf Jahre speziell für die Wahl des Bundespräsidenten Deutschlands.

### **2.4. Die Justiz**

Nach deutschem Gesetz gilt jeder Beschuldigte unschuldig bis die Schuld bewiesen ist.

Je nach Gericht, kann das Tribunal aus einem einzelnen Berufsrichter oder einer Kombination aus Berufs- und Laienrichtern bestehen.

Die Berufsrichter sind ausgebildete Rechtsexperten und normalerweise als Staatsdiener auf Lebenszeit von den Bundesländern angestellt. Laienrichter sind Bürger, welche von einem Komitee bestimmt werden, um für eine vorab festgelegte Zeitdauer zu dienen. Alle den Bundesgerichten dienende Richter sind juristisch ausgebildet. Sie müssen Berufsrichter oder Anwälte sein.

Es gibt sowohl allgemeine als spezielle Gerichte im deutschen Justizsystem.

Erstere behandeln Angelegenheiten aus dem Zivil-, Straf-, Familien- oder Eherecht. Diese Gerichte sind am zahlreichsten. (Örtliche Gerichte kümmern sich auch um die Registrierung von Firmen und andere Verwaltungsaufgaben). Es gibt vier Ebenen. Amtsgerichte können einen einzelnen Berufsrichter oder bis zu zwei Berufs- und zwei Laienrichter haben. Die nächste Stufe ist das Landgericht, wo bis zu drei Berufs- und zwei Laienrichter Fälle behandeln. Danach kommt das Oberlandesgericht, in dem drei bis fünf Berufsrichter sitzen. Das höchste allgemeine Gericht ist der Bundesgerichtshof. Er hat fünf Berufsrichter.

Strafverfahren können jedem der ersten drei Gerichtsebenen zugeteilt werden. Zivilrechtliche Angelegenheiten sind normalerweise den ersten zwei Gerichtsebenen zugeteilt. Berufungen und Revisionen werden bei den zwei höheren Ebenen eingelegt.

Die Verwaltungsgerichte haben ebenfalls drei Ebenen und bearbeiten Fälle zu Verwaltungsvorschriften und Regierungsmaßnahmen.

Es gibt eine Vielzahl spezieller Gerichte, welche der gleichen vertikalen Gewaltenteilungsstruktur folgen.

Arbeitsgerichte haben sind dreistufig und sind für Fälle aus dem Arbeitsleben zuständig, also zu Arbeitsbedingungen und Tarifverträgen.

Sozialgerichte sind auch dreistufig und arbeiten mit Fällen, in denen es um die verschiedenen Sozialleistungen des Staates geht. Diese schließen Arbeitslosengeld, arbeitsbezogene Schadensersatzansprüche und Sozialversicherungsbeiträge mit ein.

Finanzgerichte sind zweistufig und entscheiden nur über Fälle zu Steuerfragen.

Alle Verfassungsgesetzfragen werden vom Bundesverfassungsgericht gehört.

## **2.5. Das Sozialsystem**

Deutschland hat ein stark ausgebautes Sozialsystem, das dafür sorgen soll, dass seine Bürger gesichert leben können, selbst wenn sie krank, behindert, arbeitslos oder in Rente sind.

Arbeitende Menschen müssen, laut Gesetz von ihrem Lohn Beiträge für die Krankenkasse, die Pflegeversicherung, die Arbeitslosigkeitsversicherung und die Rentenkasse entrichten. Diese Zahlungen belaufen sich für gewöhnlich auf 40% des Bruttoeinkommens, Davon zahlt der Arbeitgeber bei Angestellten die Hälfte, was bedeutet, dass ein Arbeitnehmer selber nur 20% des Einkommens direkt abführt. Andere Säulen des Sozialsystemprogramms sind die betriebliche Arbeitsunfallversicherung, welche komplett vom Arbeitgeber bezahlt wird, und andere.

Deutschland steht im Ruf eines der weltbesten Gesundheitssysteme zu haben, mit einer umfassenden Gesundheitsversorgung für seine Einwohner. Schätzungsweise 85% der Bevölkerung sind verpflichtete oder freiwillige Mitglieder des gesetzlichen Krankenkassen, während der Rest privat versichert ist. Die Gesundheitsreform aus dem Jahr 2007 verlangt von jedem, der in Deutschland lebt, zumindest für Krankenhausaufenthalte und ambulante Behandlungen versichert zu sein. Dabei muss auch die Abdeckung von Schwangerschaften und Krebsvorsorgeleistungen gewährleistet sein.

Der Preis des deutschen Gesundheitssystems ist enorm und aufgrund der Demographie und der Inflation von Behandlungskosten ansteigend. Regierungen

haben immer wieder versucht, Krankenhäuser wettbewerbsfähiger zu machen und dadurch Kosten für die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) zu senken.

In Deutschland, wie in allen europäischen Ländern, haben sich die Familienstrukturen erheblich gewandelt in den letzten 100 Jahren.

Heute entscheiden sich immer mehr Menschen außerhalb traditioneller Familienstrukturen zu leben. Es gibt alleinerziehende Eltern, Lebenspartnerschaften mit und ohne Kinder, gleichgeschlechtliche Partnerschaft, welche sich als solche auch offiziell eintragen lassen kann, sogenannte Patchworkfamilien, geteilte Wohnformen und weitere Formen des Zusammenlebens. Die Verfassung verbietet in Artikel 3, § 3 Diskriminierung: “ Keiner darf auf Grund seines Geschlechts, seiner Herkunft, seiner Rasse, seiner Sprache, seines Herkunftslandes, seines sozialen Hintergrunds, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Überzeugen oder seiner Behinderung wegen benachteiligt werden.”

## **2.6. Bildungssystem**

Die Bildung von Kindern ist die geteilte Aufgabe von Eltern, Staat, Gemeinde und religiöser Gemeinschaften. Kinder im Alter von einem bis sechs Jahre dürfen den Kindergarten besuchen. In Deutschland ist der Schulbesuch verpflichtend, was bedeutet, dass jedes Kind mindestens für 9-10 Jahre die Schule besuchen muss.

Das Schulsystem ist dreigeteilt, mit gewissen Variationen je nach Bundesland. Bildung – die Hochschulbildung mit eingeschlossen – ist Ländersache.

Die öffentliche Bildung in Deutschland ermöglicht Jugendlichen mit Potenzial bis zur Ebene der Universität studieren zu können, unabhängig vom Finanzstatus ihrer Familien.



Lehrinhalt: Das deutsche Regierungssystem

Lehrziel: SuS verstehen die Gewaltenteilung in Deutschland und bekommen einen Überblick über deutsche Behörden.

Schritte	Inhalt	Methoden/ Hilfsmittel	Lernziele	Benötigte Zeit	Annexes
1	Struktur der vertikalen Gewaltenteilung in Deutschland	Aufgabe: Sammeln Sie Informationen über die Kompetenzen der Gemeinde. SuS verbinden politische Begriffe mit einer politischen Aufgabenstruktur auf einem Arbeitsblatt.	SuS reflektieren und begreifen ihr gegenwärtiges politisches Umfeld. SuS lernen, dass Deutschland eine parlamentarische Demokratie ist.	2 Std.	Arbeitsblatt: graphische Darstellung der vertikalen Gewaltenteilung.  Agenda für eine örtliche Gemeinderatsversammlung
2	Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten	Vorbereitung auf einen Besuch im örtlichen Gemeinderat. SuS lernen und analysieren die Tagesordnung der Versammlung.  Aufgabe vor dem Sehen: Wer ist aktuell der Bundespräsident? Kennen Sie seinen Vorgänger?	SuS lernen wie und wie oft der Bundespräsident gewählt wird. SuS lernen,	1 Std.	<a href="http://www.bundestag.de/bundesversammlung">www.bundestag.de/bundesversammlung</a>

	sidenten	<p>Während des Sehens: Wer wählt den Bundespräsidenten? Welche Kompetenzen hat er?</p> <p>Nach dem Sehen: Vergleichen Sie mit Ihren Heimatländern.</p>	<p>dass der Bundespräsident eine repräsentative Funktion hat.</p>		
3	<p>Das Justizsystems auf der Ebene des Lokalgerichts.</p>	<p>SuS bekommen ein Verkehrsdeliktsszenario. Bsp: Bei Rot über die Ampel fahren. SuS spekulieren über die Strafe. Ein Zeitungsartikel informiert über die tatsächliche Strafe – Bsp. 2 Monate Entzug der Fahrerlaubnis oder eine Strafe von 500 Euro.</p> <p>In einem zweiten Szenario geht es um Fahren unter Alkoholeinfluss, was im örtlichen Gericht verhandelt wird.</p> <p>Besuch beim Lokalbericht wird</p>	<p>SuS lernen, dass verschiedene Delikte innerhalb der Skala einer politischen Struktur abgestraft werden.</p>	3 Std.	<p>Zeitungsausschnitte von Verkehrsdelikten</p>

		vorbereitet und durchgeführt. SuS führen dabei Protokoll und geben dieses ab.			
4	Sozialsystem	<p>Sammeln Sie Informationen über den deutschen Sozialstaat. Was wissen Sie über das deutsche System??</p> <p>Wer ist kann Geldleistungen durch den deutschen Staat erhalten? SuS kategorisieren das Sozialleistungssystem. SuS bekommen Beispiel für eine Gehaltsabrechnung. Aufgabe: Ermitteln Sie wie viele Abzüge gemacht werden und wer diese bezahlt.</p>	<p>Der Sozialstaat basiert auf den zwei Prinzipien von Versicherung und Pflege. Daher sind Versicherungen verpflichtend und Sozialleistungen werden durch die Umverteilung von Steuergeldern getragen. SuS lernen über das Solidaritätsprinzip des deutschen Sozialstaats.</p>	2 Std.	<p>Graphische Darstellung Arbeitsblatt</p> <p>Beispiel für einen Lohnzettel mit Pflichtabzügen</p>
5	Bildungssystem	<p>Wie lange besuchen Sie in Ihrem Heimatland die Schule. Ist Bildung dort für alle obligatorisch? Sammeln Sie Informationen über Ihre jeweiligen Heimatländer.</p>	<p>Sus lernen über Schulpflicht (min. 9 Jahre) in Deutschland, welche Bildung auf Grund-, Mittel- und Hochschulniveau</p>	1Std.	<p>Präsentation der Ergebnisse</p>



### **3. Demokratie, Partizipation, Staatsbürgerschaft**

#### **3.1. Politische Parteien**

Die Abgeordneten aller Parlamente gehören fast ausschließlich den gleichen politischen Parteien an. Deutschland zählt fünf einflussreiche politische Parteien, welche auch die größten fünf sind. Die größte ist die Sozialdemokratische Partei (SPD), welche 1863 gegründet wurde. Eine weitere sogenannte Volkspartei ist die Union zweier Parteien – Christliche Demokratische Union Deutschlands (CDU) und Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU), gegründet 1945. Die dritte wurde 1948 gegründet und heißt Freie Demokratische Partei (FDP). Im Jahr 1980, kamen weitere dazu: das Bündnis 90/Die Grünen und 2007 die Linke (eine Allianz der sozialistischen Partei PDS in Ostdeutschland mit der westlichen Wählervereinigung WASG, welche sich von der SPD abgespalten hatte). Es gibt weitere, die auf Kommunal- und Regionalebene in ihren jeweiligen Parlamenten vertreten sind.

Seit 2013 gibt es eine neue Partei auf der rechten Seite des politischen Spektrums namens Alternative für Deutschland (AFD). Sie hat in der Bundestagswahl September 2017 erfolgreich Sitze im Bundestag erlangt. In einigen der neuen Bundesländern wurde sie sogar drittstärkste Kraft hervor.

#### **3.2. Interessensgruppen**

Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern hat sich in Deutschland eine Form der Einheitsgewerkschaft herausgebildet.

Alle Einzelgewerkschaften in Deutschland sind Teil des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Er ist mit Abstand die größte Vereinigung.

Nur ein Fünftel aller Angestellten in Deutschland sind Gewerkschaftsmitglieder, seit den Neunziger Jahren ist die Gewerkschaftsdichte stark gesunken, zum Teil wegen des Beschäftigungsrückgangs in der Industrie, vor allem in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung.

Innerhalb des DGB haben die individuellen Gewerkschaften, wie die IG Metall und Verdi, erhebliche Autonomie und Einfluss.

Traditionell sind DGB-Gewerkschaften primär auf industrieller Basis organisiert, wobei es Gewerkschaften der Chemie, des öffentlichen Dienstes, des Einzelhandels

und viele andere gibt. Diese Struktur, die seit der Gründung des DGB 1949 ausgebaut wurde, blieb mehrheitlich unverändert für viele Jahre. Seit Beginn der 1990er hat es jedoch eine Zahl von größeren Zusammenschlüssen gegeben, die dieses Bild fundamental geändert haben. Arbeitgeberorganisationen wie die Handwerks- und Handelskammer und berufsspezifische Vereinigungen (Gesundheitswesen, Justiz und Notariate, etc.) bilden das Gegengewicht in dieser sozialen Partnerschaft.

### **3.3. Das Wahlsystem**

Das deutsche Wahlsystem ist schwer zu verstehen, was daher kommt, dass in Deutschland die parlamentarische Demokratie, in der Parteien das meiste Gewicht haben, mit dem Bedürfnis, Wählern die Wahl lokaler Kandidaten zu ermöglichen, kombiniert wird.

Jeder Wähler hat zwei Stimmen. Die erste erlaubt ihm den Kandidaten seiner Wahl in seiner Region zu wählen. Die zweite Stimme ist für die Partei, die er unterstützt. Jeder Kandidat, der in einem der 299 Bezirke des Landes gewinnt – basierend auf der Erststimme – bekommt automatisch einen Sitz im Parlament. Das heißt, dass jede Region einen „Gesetzesmacher“ nach Berlin in den Bundestag entsendet.

Der Rest der 598 Sitze des Bundestags wird basierend auf der landesweit erhaltenen Prozentzahl aller Stimmen vergeben – auf der Zweitstimme. Nur Parteien die die Grenze von 5% überschreiten, dürfen Vertreter nach Berlin auf Basis der Zweitstimmenzählung entsenden. Diese Prozentzahl wird in der Wahlnacht verkündet und bestimmt die Zusammensetzung des Bundestags. Die 5-Prozent-Marke ist dazu da, Fragmentierung zu vermeiden und extremistische Parteien, wie etwa die Nationale Demokratische Partei (NPD) daran zu hindern, in den Bundestag einzukehren.

Die Vertreter, die in das Parlament, basierend auf ihrem Stimmenanteil ziehen (im Gegensatz zum Direktmandat über die Erststimme) kommen von den Kandidatenlisten der Parteien. Jede Partei hat eine Liste für jedes Bundesland. Darüberhinaus gibt es sogenannte Überhangmandate, die aus dem Ergebnis einer Partei von Bundesland zu Bundesland zusammen mit der Größe jedes Bundeslandes resultiert.

### **3.4. Formen der politischen Partizipation**

Auf nationaler Ebene ist Wählen die einzige Form politischer Teilhabe. Auf Bundes- und Gemeindeebene hat Deutschland verschiedene Formen von Plebisziten. Neue soziale Bewegungen begründeten in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts eine Vielzahl an Bürgerinitiativen und bildeten Proteste gegen nukleare Bewaffnung und die Nutzung von Nuklearenergie. Eine der letzten Initiativen, "Stuttgart21", kämpfte gegen den Bau eines unterirdischen Bahnhofs und mündete in einer Volksabstimmung.

1980 ging die Gründung der Grünen Partei aus sozialen Bewegungen für den Umweltschutz hervor.

### **3.5. Einwanderung**

Einwanderung hat in Deutschland eine lange Geschichte. Im 19. Jahrhundert zogen viele Menschen von Polen für die Minenarbeit ins Ruhrgebiet. Mehr als 10 Millionen Deutsche kamen aus der ehemaligen Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien in die BRD nach dem zweiten Weltkrieg. Von 1955 an wurden Arbeiter (sogenannte Gastarbeiter) auf Grund steigender wirtschaftlicher Nachfrage, aus Italien, Spanien, Portugal, Griechenland und der Türkei für die Arbeit in der BRD rekrutiert. Heute bilden türkische Migranten die größte Einwanderergruppe.

Ab 1980 holte die DDR Vertragsarbeiter aus Ländern wie Vietnam, Mosambik und Angola ein.

Zwischen 1980 und 2000 kamen mehr als 2 Millionen Spätaussiedler nach Deutschland. Spätaussiedler sind Deutsche, die seit Jahrhunderten in der Russland gelebt haben. Seit den 80ern kommen immer mehr Leute auf der Suche nach politischem Asyl nach Deutschland. Zuletzt kam eine Flüchtlingswelle 2015 aus Syrien, aber auch aus Afghanistan, Eritrea und dem Iran und Irak.

### **3.6. Deutsche Staatsbürgerschaft**

Heute zählt Deutschland ca. 17 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund bei einer Bevölkerung von 83 Millionen. Davon haben etwa 9 Millionen die deutsche Staatsbürgerschaft.

Laut Prognosen wird die Prozentzahl der Menschen mit Migrationshintergrund weiter ansteigen. Insgesamt haben etwa ein Drittel aller Kinder im Alter unter fünf Jahren einen Migrationshintergrund.

Europa bleibt weiterhin von besonderer Wichtigkeit für Deutschland wenn es um Migration geht. 35% der 17 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund kommen von den 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, und 34% kommen aus europäischen Nicht-Mitgliedsländern.

Das interkulturelle Zusammenleben in Deutschland erfordert von allen Betroffenen Verständnis und Toleranz. Hierbei sind Werte, kulturelle Traditionen und Normen sehr wichtig. Sie machen gemeinsame Erkenntnisse und Offenheit für andere Kulturen unabdingbar.

Im Jahr 2000 wurde der Einbürgerungsprozess für Migranten und Kinder vereinfacht. Die Wartezeiten wurden verkürzt. Die Voraussetzung, einen Nachweis über ausreichende Sprachkenntnisse vorzulegen, wurde eingeführt.

2005 wurde das Einwanderungsgesetz verabschiedet, welches die Einwanderung, das Niederlassungsrecht, den Zugang zum Arbeitsmarkt und die Unterstützung der Integration regelt, beispielsweise durch staatlich-finanzierte Sprachkurse.

Heute muss man mindestens 6 Jahre in Deutschland leben, einen Sprachtest mit B1-Niveau und einen Einbürgerungstest bestehen.



Schritte	Inhalt	Methoden / Hilfsmittel	Lernziele	Benötigte Zeit	Annexes
1	Politische Parteien	Aufgabe: Benennen Sie die politischen Parteien, die sie in Deutschland kennen. Sortieren Sie die Parteien von alt nach jung.	SuS reflektieren und machen sich über die Parteien, die sie kennen, Notizen. Alles wird im Plenum verglichen.	15 min	
	Neues Parlament (19. Bundestag)	SuS diskutieren ihr Wissen und ihre Vermutungen.	SuS lernen den politischen Aufbau der neuen Regierung.	15 min	www.bundestag.de
	Unterscheidung der politischen Parteien	Der Lehrer zeigt Wahlposter und die SuS diskutieren deren Ziele und Inhalt.	SuS lernen die Parteiunterschiede kennen	20 min	Wahlposter
	Parteiprogramme	Der Lehrer verteilt Parteiprogramme an Viererteams. SuS lesen diese und fassen sie zusammen. Verschiedene Programme werden je nach schnellen /langsamen Lernen zugewiesen.	SuS informieren einander über die Programme der Parteien und lernen so über deren inhaltliche Unterschiede.	25 min	Parteiprogramme in einfacher Sprache
		SuS spielen Parteivertreter und präsentieren deren Positionen.	SuS üben sich im Rollenspiel der Parteivertreter	15	
2	Spezielle	Der Lehrer zeigt ein Video über	SuS begreifen das System	5 min	Youtube Video: 1:58 min

	Interessengruppen	Warnstreiks, welches das System von Streiks und Handelsgewerkschaften in Deutschland erklärt. Diskussion des Videoinhalts und Bedeutung von Handelsgewerkschaften für die Angestellten	der Tarifverhandlungen und der damit verbundenen Konflikte. SuS diskutieren und finden Pro-/Contra-Argumente	15 min	<a href="https://www.youtube.com/watch?time_continue=14&amp;v=At_B4E3RaxQ">https://www.youtube.com/watch?time_continue=14&amp;v=At_B4E3RaxQ</a>
		Die Klasse wird in 2 Gruppen geteilt. Eine übernimmt die Position der Angestellten, die Andere die der Arbeitgeber. Es gibt ein Tarifverhandlungsspiel.	SuS lernen über die gegensätzlichen Positionen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.	25 min	
3	Wahlsystem	Der Lehrer verteilt einen Wahlzettel mit Erst- und Zweitstimme. SuS wählen und geben ihre Stimme in eine Box. Ein Team von Wahlhelfern zählt die Stimmen. Danach wird ein Parlament gebildet. Der Lehrer verteilt eine Beispielerrechnung in welcher die SuS die Stimmen nach Mehrheits- und Verhältniswahl zählen.	SuS lernen wie die Sitze in dem kombinierten Mehrheits-Verhältnis-System verteilt werden.	45 min	Wahlzettel Arbeitsplatz Beispielerrechnung mit
4	Formen von Teilhabe	SuS hören sich ein Lied gegen Kernenergie an und lesen dessen		12 min	Lied gegen Kernkraft <a href="https://www.youtube.com/">https://www.youtube.com/</a>

		Test. SuS singen mit dem Video mit.			watch?v=JfF11AZllpg
		SuS lesen die Geschichte der Anti-Kernenergie-Bewegung in Deutschland als Beispiel für eine soziale Bewegung. Diese neue soziale Bewegung führte zur Gründung der Grünen Partei und führte nach der Katastrophe von Fukushima zu einer Entscheidung für den Rückzug aus der Kernkraft..	SuS verstehen das Bürgerinitiativen als Form von Teilhabe und Prozess erfolgreich sein können, manchmal nach langer Zeit politischer und sozialer Aktivität. Politische Teilhabe führt zum Wandel.	33 min	Arbeitsblatt der Bundeszentrale für politische Bildung: <a href="https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/201988/buergerinitiativen?p=all">https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/201988/buergerinitiativen?p=all</a>
5	Einwanderung	SuS berichten über den eigenen Migrationshintergrund im Think-Pair-Share-Modus.	SuS lernen über Schub- und-Sog-Faktoren der Migration.	20 min	
6	Deutsche Staatsbürgerschaft	Lehrer fragen ob jemand eine deutsche Staatsbürgerschaft beantragen möchte. Lehrer sammelt Antworten über den Weg zur Staatsbürgerschaft. Der Lehrer informiert über Einwanderungsbedingungen.	SuS lernen Fakten und Informationen.	25 min	Zahlen und Fakten zur Einbürgerung: <a href="http://www.bamf.de/DE/Willkommen/Einbuengerung/einbuengerung-node.html">http://www.bamf.de/DE/Willkommen/Einbuengerung/einbuengerung-node.html</a>

## **4. Leben in Deutschland**

### **4.1. Kultur**

Die Bewahrung und Förderung von Kultur gehört ebenfalls zu den Aufgabenbereichen der Bundesländer. Jedes Land entscheidet selbstständig wie es kulturelle Aktivitäten finanziert. Aus historischer Sicht hat sich Deutschland aus Herzogtümern und Grafschaften sowie königlichen Hoheitsbereichen heraus gebildet, daher gibt es heute eine Vielzahl von Gemeinde- und Landestheatern, Museen und Konzerthallen.

Das föderale System hat zusammen mit der geschichtlichen Tradition dazu beigetragen, dass sogar kleine Städte und Gemeinden Theater, Konzerthallen etc. aufweisen können. Zumeist werden einzelne Museen, Opernhäuser und ähnliche Institutionen direkt von der Landesregierung finanziert. Zusammengenommen unterhält Deutschland 140 öffentliche Theater, es sind Stadttheater, Landes- oder Staatsbühnen. Weiterhin gibt es circa 220 private Theater und etwa 130 Opernhäuser inklusive Symphonieorchester.

Deutschland besitzt eine vielfältige Landschaft an Pressehäusern und Verlagen. Jährlich finden zwei internationale Buchmessen, - im Frühling in Leipzig und im Herbst in Frankfurt – statt.

Die deutsche Filmindustrie ist ein wichtiger kultureller Aspekt. Leider, verschwinden heute immer mehr die kleinen Kinos. Dadurch ist der Film als Teil der Kultur in kleineren Städten im Niedergang. Aber über ganz Deutschland hinweg besteht ein alternatives Angebot an Off-Theatern, Musikgruppen und Tanzensembles.

### **4.2. Die Medien**

Nach der bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945 entschieden die Alliierten den politisch unbelasteten Personen Presselizenzen zu gestatten, um den demokratischen Aufbau des deutschen Staates voranzutreiben. Heute haben wir drei große nationale Zeitungen – *Die Zeit*, *die Süddeutsche*, *Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*. Die *Bild*“, eine Zeitung des Springer-Verlags, ist die die politische Meinung prägende Boulevardzeitung mit einer täglichen Auflage von 2,5 Millionen und damit die deutsche Tageszeitung mit der höchsten Auflage.

Die Gründung deutscher Regionalsender basierte ebenfalls auf dem Plan der Alliierten einen pluralistischen und politisch ausgewogenen Medienapparat aufzubauen, welcher als vierte Gewalt eines Staates gilt.

Heute beherbergt die ARD zehn Sender, von denen jeder von einem Rundfunkrat kontrolliert wird, welcher wiederum paritätisch mit den Repräsentanten der politischen Parteien besetzt ist.

Das erste öffentliche Fernsehen nach 1945 war die ARD (1950) – das *Erste* genannt – welchem das ZDF (das *Zweite*) 1961 folgte. Ab dem 1. Januar 1984 wurde kommerzielles Fernsehen eingeführt. Seit 2013 werden öffentlicher Rundfunk, Fernsehen und Internet von einer allgemeinen Rundfunkgebühr, die 17,50 Euro pro Monat pro Haushalt beträgt, finanziert.

#### **4.3. Kirchen und Religion**

Deutschland ist ein säkularer Staat. Trotzdem spielen die evangelischen und katholischen Kirchen eine beachtliche Rolle im öffentlichen Leben. Kirchen dürfen Steuern einnehmen, welche zusammen mit den staatlichen Steuern an die Finanzbehörden entrichtet werden. Die Kirchen finanzieren viele Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser und Pflegeheime.

Es gibt weitere Kirchen, die keine Steuern einnehmen dürfen, beispielsweise die Methodisten, die Zeugen Jehovas und Andere. Das Judentum und der Islam sind keine Kirchen sondern Religionen. Den offiziellen Status einer rechtlich anerkannten Religionsgemeinschaft wird jedoch nur den evangelischen und katholischen Kirchen zugestanden. Religion ist ein Pflichtfach in der Schule, aber alternativ können Schüler auch das Fach Ethik belegen.

#### **4.4. Das Schulsystem**

Kinder im Alter von drei bis sechs dürfen den Kindergarten besuchen. Danach besteht für zehn Jahre Schulpflicht. Von der ersten bis zur vierten, in einigen Bundesländer bis zur 6. Klasse, besuchen die Kinder die Grundschule. Nach der 4. oder 6. Klasse werden die Schüler entsprechend ihrer Begabung und den Wünschen ihrer Familien getrennt, und besuchen eine von drei Schulformen: die Hauptschule, die Realschule oder das Gymnasium.

Nach den zehn Jahren Schulpflicht beginnen die Schüler ihre Berufsausbildung und lernen einen Beruf. Deutschland hat eine spezielle Form der Berufsbildung, die sogenannte duale Berufsausbildung, entwickelt, in welcher innerbetriebliche Ausbildung mit dem Besuch einer Berufsschule verbunden ist. Die Qualifizierung wird von der Werk- und Handelskammer in Zusammenarbeit mit den Berufsschulen beaufsichtigt.

Das *Gymnasium* mündet in einen Abitur genannten Abschluss und bereitet die Schüler auf ein universitäres Studium oder ein duales Studium mit Berufsausbildung vor. Von Schule zu Schule sind hier die Lehrpläne verschieden, aber sie beinhalten im allgemeinen Deutsch, Mathematik, Informatik, Physik, Chemie, Biologie, Geographie, Kunst (sowie Handwerk und Design), Musik, Geschichte, Philosophie, Gemeinschaftskunde, Sozialkunde und mehrere Fremdsprachen. In den letzten Jahren haben viele Bundesländer ihre Lehrpläne so angepasst, dass die Schüler ihr Abitur bereits am Ende der zwölften Klasse erreichen können. Andere Länder sind hier noch im Übergang, und verlangen noch ein 13. Schuljahr.

Deutschland hat ein offenes Schulsystem. Es ist möglich von einem Bildungsweg zum anderen zu wechseln. Das Prinzip besteht darin, den Zugang zu höherer Bildung für alle Lebenswege und -alter möglich zu machen.

In Deutschland gibt es mehr als 300 staatliche Schulen. Es gibt über 100 Universitäten, mehr als 165 Fachhochschulen und 50 Hochschulen für Kunst, Musik und Film.

Die klassischen Universitäten in der Tradition Alexander von Humboldt bieten eine breite Allgemeinbildung und Studenten besuchen sie normalerweise drei bis sechs Jahre lang. Beim Studium in Jura, Medizin, Zahnmedizin und weiteren müssen von den Universitäten staatliche Vorgaben erfüllt werden. Eine Universität mit technischer Ausrichtung nennt man *Technische Universität* (TU).

Für Jahrzehnte war der Abschluss an deutschen Universitäten der Masterabschluss. Das war ein einstufiges Langzeitprogramm. Neuere Reformen der höheren Bildung haben ein Zwei-Stufen-Programm eingeführt und Studenten können jetzt einen Bachelor innerhalb von drei bis vier und einen Master in fünf bis sechs Jahren machen. Das Bachelor- und Masterprogramm wurde eingeführt, um der drastisch hohen Quote an Studenten, die ihr Studium nicht beenden, entgegenzuwirken. (In einigen Universitätsdisziplinen war diese bis zu 75% hoch). Ebenfalls war es Ziel, sich an universitäre Programme anderer Länder anzugleichen.

#### **4.5. Sport**

*Fußball* ist eine nationale Verrücktheit. 2006 war Deutschland Gastgeber der Weltmeisterschaftsspiele, welche als eines der am meisten gesehenen TV-Ereignisse der Geschichte gelten. Leider war die Nationalmannschaft nicht in der Lage mehr als den dritten Platz zu erreichen, aber das hat die Fußballbegeisterung nicht gemindert.

Die Fußballliga ist in verschiedene Stufen unterteilt. Ganz oben sind die zwei professionellen Ligen: die 1. Bundesliga, dessen Spitzenspieler Gehälter bekommen, die gleichwertig mit denen der amerikanischen Profis sind; und die niedrigere aber immer noch professionelle 2. Bundesliga. Beide Ligen haben je 18 Mannschaften.

Es gibt auch zwei weitere bedeutende Sportverbände in Deutschland, z.B. für Sportschützen und Tennis, mit jeweils einer Million Mitglieder.

Der Scharfschützenverein kann in Deutschland auf hunderte von Jahren zurückdatiert werden und die abgehaltenen Schützenfeste sind Galaanlässe.

Es gibt Zielschießen für Druckluftwaffen, Kleinkalibergewehre und Armbrust sowie viel Musik, Essen und Bier.

Der Deutsche Tennisbund ist mit 1,8 Millionen Mitgliedern der weltgrößte Tennisverein. Er wurde 1992 gegründet, aber erhielt in den letzten Jahrzehnten starken Auftrieb durch Super-Sporthelden wie Boris Becker und Steffi Graf.

Andere beliebte Sportarten sind Handball, Basketball und Eishockey. Sport ist in der Schule ein Pflichtfach.

#### **4.6. Wohnen**

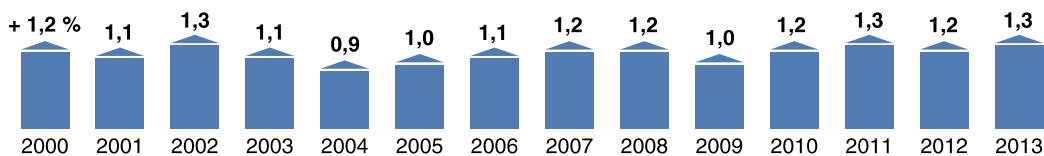
Deutschland ist eindeutig eine Mieternation. Nur ca. 43 Prozent besitzen eine Wohnung oder ein Haus. Es gibt einen starken Mieterschutz. Trotzdem wurde die Mietpreiskontrolle von Privatinvestitionsgesellschaften ausgehöhlt.

Der Gentrifizierungsprozess erhöht sich stetig, stellt für Städte eine ernsthafte Bedrohung dar und führt zu sozialen Unruhen.

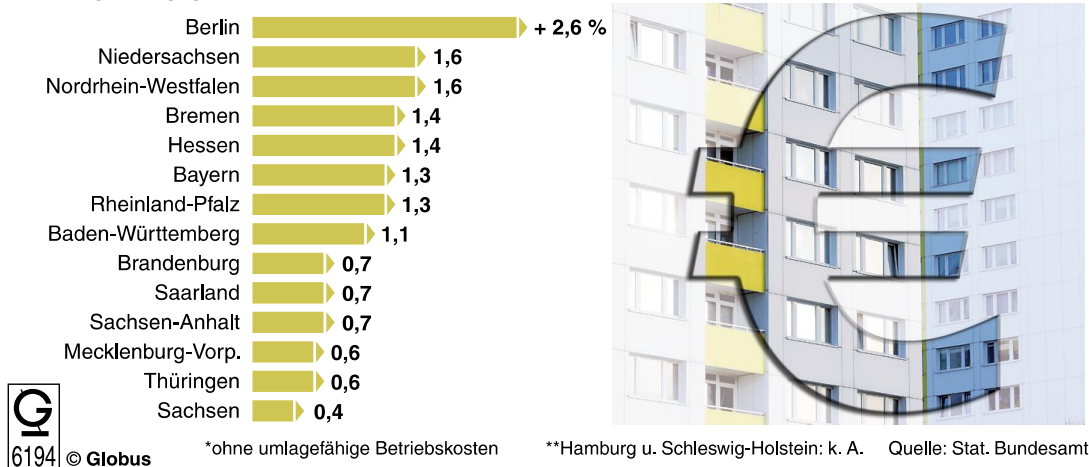
Der Soziale Wohnungsbau wurde seit der Regierung Helmut Kohls in den 80iger Jahren des letzten Jahrhunderts fast eingestellt und Baugenossenschaften können den Bedarf an Wohnraum nicht aufwiegen.

## Mietsteigerungen

Anstieg der Nettokaltmieten\* in Deutschland jeweils im Vergleich zum Vorjahr in Prozent



Anstieg 2013 gegenüber 2012 in den Bundesländern\*\*



6194 © Globus

\*ohne umlagefähige Betriebskosten

\*\*Hamburg u. Schleswig-Holstein: k. A.

Quelle: Stat. Bundesamt

### 4.7. Das Wirtschaftssystem

Deutschland ist ein Sozialstaat. Das Wirtschaftssystem erhielt den Namen *Soziale Marktwirtschaft*. Es wurde 1945 von dem Wirtschaftspräsident Alfred Müller-Armack und dem Wirtschaftsminister Ludwig Erhard entwickelt.

Eines der Hauptprinzipien dieses Systems soll sein, dass der Staat die Wirtschaft nicht dirigiert, sondern die Interessen seiner Bürger verteidigt, beispielsweise sind Arbeiter vor grundloser Kündigung geschützt. Die Freiheit des Marktes endet dort, wo er unsozial handelt. Die Institutionen, die für die friedliche Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Arbeitgebern verantwortlich sind, sind die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände. Sie entwickeln die Tariflöhne und handeln neue Abkommen aus. Diese Abkommen beinhalten Arbeitszeit, Löhne, Urlaub und Krankentageregelungen. Der von den Arbeitern gewählte Betriebsrat hat ein Mitspracherecht bei internen Angelegenheiten des jeweiligen Betriebes, der Firma oder des öffentlichen Amtes.



#### **4.8. Der Arbeitsmarkt**

Deutschlands Arbeitsmarkt besteht aus Großindustrie, Mittelstand und Kleinem Gewerbe. Bis in die Mitte der Achtziger führte die Schwerindustrie den Arbeitsmarkt. Heute ist jedoch die Automobilindustrie der führende Zweig.

Mittelstandsgewerbe sind das Rückgrat des deutschen Arbeitsmarktes. Wie alle europäischen Länder ist Deutschland ein auf den Sektorservice ausgerichteter Arbeitsmarkt geworden. Der öffentliche Dienst ist der Hauptarbeitgeber. Die Zahl ungelerner Arbeit wurde extrem reduziert und innerhalb oder außerhalb der Europäischen Union outgesourct. Eine generelle Entwicklung ist der Anstieg prekärer Arbeitsbedingungen, was mehr und mehr zu einer Gesellschaft geführt hat, in welcher die Kluft zwischen arm und reich sich stetig vergrößert.

Die derzeitige Arbeitslosenrate ist auf einem historischen Tief mit 5,7%. Dies inkludiert aber prekäre und temporäre Jobs.

#### **4.9. Einwanderungspolitik**

Seit 2000 gilt das neue Einbürgerungsgesetz in Deutschland. Im Jahr 2000 wurde das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz in das Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) umgewandelt. Diese Änderung war Teil einer umfassenden Reform des Einbürgerungsgesetzes, welches unter anderem eine Einbürgerung unter Akzeptanz des Multinationalismus zum Ziel hatte. Ein Teil der Bevölkerung stand dem negativ gegenüber. Laut CDU/CSU sprachen sich damals im ganzen Land fünf Millionen Bürger in einer von der CDU/CSU initiierten Petitionskampagne gegen den Plan aus.

Mit dem Zuwanderungsgesetz von 2005 wurde Deutschland de facto ein Einwanderungsland. Es wurden Integrationskurse für die Zuwanderer eingeführt, die vom Staat mitfinanziert werden. Die Integrationskurse beinhalten vor allem Deutschkurse. Aber auch die Vermittlung von Kenntnissen zur deutschen und europäischen Geschichte, zu kulturellen und sozialen Fragen, zu Bildung und Erziehung sind Teil des Kurses, der insgesamt 700 Stunden umfasst.

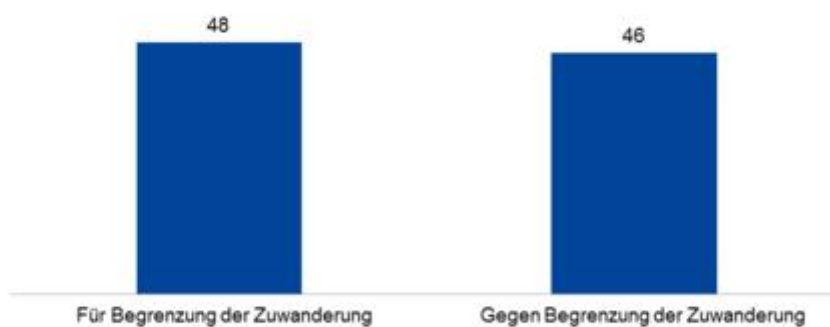
Die große Koalition aus CDU/CSU und SPD, welche die Regierung im November 2005 übernahm, ernannte einen Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlingsangelegenheiten und Integration. Dieses Amt wurde politisch zum Status eines Ministeriums im Kanzleramt aufgewertet. Der Koalitionsvertrag fokussierte sich

darauf, Integration über ein Einwanderungsgesetz zu fördern, dessen Kernkomponenten die Vermittlung der Sprache und der sozialen Kompetenzen ist.

**Wer würde für eine Referendum für oder gegen eine Begrenzung der Einwanderung nach Deutschland stimmen?**



Deutsche Welle - Zuwanderung  
Zuwanderung nach Deutschland



Frage: In der Schweiz gab es ja eine Volksabstimmung zur Begrenzung der Zuwanderung. Angenommen, Sie könnten in einer Volksabstimmung über eine Begrenzung der Zuwanderung nach Deutschland abstimmen, würden Sie für eine Begrenzung der Zuwanderung stimmen oder würden Sie gegen eine Begrenzung der Zuwanderung stimmen?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland / Angaben in Prozent  
Fehlende Werte zu 100%; Weiß nicht / keine Angabe



[https://www.infratest-dimap.de/typo3temp/\\_processed\\_/4/8/csm\\_Folie4\\_77\\_43fcaba703.png](https://www.infratest-dimap.de/typo3temp/_processed_/4/8/csm_Folie4_77_43fcaba703.png)

Die angekündigte Öffnung Deutschlands für neue Einwanderer fand nicht im Rahmen des Gesetzes statt. Tatsächlich sank der Einzug neuer ausgebildeter Fachkräfte und von Top-Personal im Jahr 2005 im Vergleich zum Vorjahr.

Mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz vom 24. Oktober 2015 wurden Integrationskurse für eine breitere Gruppe von Menschen geöffnet; seitdem haben auch Asylbewerber und geduldete Personen zu ihnen Zugang, solange sie eine gute Bleibeprognose haben. Es gibt auch Restriktionen (Abschiebung, Residenzpflicht für Asylbewerber und geduldete Personen, die Möglichkeit des Rauswurfs und hohe formale Voraussetzungen für den Zuzug von Ehepartnern,...)

Einige Einschränkungen wurden inzwischen noch verschärft.

Flüchtlinge halten ein Schild vor einem Bahnhof in Berlin. Deutschland hat Deutschland hat Lob und Kritik für seine willkommene Haltung gegenüber Asylbewerbern hervorgerufen.(Foto: ekvidi/Flickr)

Während der Anstieg von mehr als 1 Millionen Migranten und Asylbewerbern, die Deutschland 2015 erreichten, eine bemerkenswerte Aufmerksamkeit auf sich zog, war das Land eigentlich schon seit langem ein Haupteinwanderungsziel. Mehr als 15 Prozent der 80 Millionen in Deutschland lebenden Menschen wurden im Ausland geboren. Diese Zahl steigt auf 20 Prozent an, wenn man die Zahl der in Deutschland geborenen Kinder von Migranten mit einrechnet.

Jahrzehntelang trieben Deutschlands politische Entscheidungsträger und der öffentliche Diskurs den Eindruck voran, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei, selbst als es schon dabei war eines der weltweiten Hauptziele (in den letzten Jahren auf Platz zwei nach den USA) zu werden. Seit dem Beginn der 2000er Jahre hat sich Deutschland einem grundlegenden Politikwandel unterzogen und erkennt jetzt seinen Status und die Tatsache, dass es ein Land wird, welches die Integration von Neuzuwanderern und die Anwerbung gelernter Arbeitsmigranten betont, ist, an.

Zwei Faktoren lösten diesen Gesinnungswandel aus: Zum einen führten der demographische Wandel und die sinkende Bevölkerungszahl zu der Erkenntnis, dass Deutschland ausgebildete ausländische Arbeitskräfte anziehen muss, wenn es seinen wirtschaftlichen Stand und sein großzügiges Sozialsystem aufrechterhalten will.

Zweitens fingen die Kinder früherer Gastarbeiter an, das öffentliche Leben mitzuprägen. Als Mitglieder der zweiten Generation begannen sie Positionen in der

Politik und in den Medien zu besetzen, und als die Familiennamen auf den Fernsehbildschirmen und in Zeitungstexten vielfältiger wurden, wurden Zweifel über ihre deutsche Identität und ihre Fähigkeit Loyalität gegenüber ihren Herkunfts- und Geburtsländern auszubalancieren immer mehr ausgelöscht.

Schritte	Inhalt	Methoden /Hilfsmittel	Lernziele	Benötigte Zeit	Annexes
1	Kultur	Lehrer visualisiert das Diagramm des baden-württembergischen Haushaltsplans. SuS bekommen eine Übersicht über die Verteilung der Gelder zwischen den Ministerien. SuS benennen kulturelle Aktivitäten und Institutionen, die staatlich finanziert werden.	SuS identifizieren das Kulturbudget und dessen proportionale Dimensionen.	20 min	Baden-Württemberg Budget: <a href="https://fm.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-fm/intern/Dateien_Downloads/Haushalt_Finzen/1c_Ausgaben_StHPI_2017_nach_FPI.pdf">https://fm.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-fm/intern/Dateien_Downloads/Haushalt_Finzen/1c_Ausgaben_StHPI_2017_nach_FPI.pdf</a>
2	Medien	In drei Teams geteilt, bekommen die SuS die FAZ, die Zeit, die Süddeutsche und die Bild, und werden gebeten die Berichte zu aktuellen Ereignissen zu vergleichen, Bsp: Hurrikans oder eine Schießerei in den USA. Die SuS informieren einander über den Inhalt.	SuS verstehen verschiedene Schwerpunkte der Printmedien nach ihrer politischen Ausrichtung hin.	20 min	FAZ, die ZEIT, Süddeutsche, Bild
		Lehrer spielt Radiobericht des	SuS lernen über den	20 min	Radiobericht

		gleichen Ereignisses ab. Die SuS vergleichen.	Schwerpunkt des Rundfunks.		
		Lehrer zeigt ein Video der "Tagesschau" und ein Video eines kommerziellen Senders wieder zum gleichen Thema. SuS vergleichen.	SuS lernen die Perspektive der TV-Medien kennen.	20 min	Tagesschau.de; NTV News
		SuS machen ein Poster über die verschiedenen Ansätze der Medien.	Erkenntnisse über die Medienlandschaft werden gefestigt.	10 min	Online-Recherche
		Hausaufgabe: SuS recherchieren Online-berichte zum gleichen Ereignis und präsentieren ihre Erkenntnisse in der nächsten Stunde. .	Den SuS werden die Unterschiede in Qualität, Quantität und Aktualität bewusst.		
3	Kirchen und Religion	SuS reden über die eigene Religion und ihre Erfahrungen mit Religion in Deutschland.	SuS lernen, dass Deutschland ein säkularer Staat ist und Religion Privatsache ist.	45 min	Plenumsdiskussion
4	Deutsches	Eine Graphik über das deutsche Schulsystem wird gezeigt. SuS	SuS werden in Teams geteilt und spielen Domino	45 min	Graphik zum

	Bildungssystem	stellen dazu Fragen.	mit Fragen und Antworten über das Schulsystem und Karrierewege in Deutschland.		Bildungssystem
5	Sport	Die SuS sehen einen Film über Frauenfußball im Iran. Die SuS diskutieren die Bedeutung von Sport in verschiedenen Gesellschaften und Kulturen.	SuS lernen, dass Deutschland eine wichtige politische Kraft ist und sie zum Sport in Deutschland Position beziehen müssen.	120 min	Fragen-Antworten-Domino  Film: "Football Under Cover" 2008 von Ayat Najafi und David Assmann
6	Wohnungsbau	SuS recherchieren online den örtlichen Immobilienmarkt und Mietpreise. SuS entwerfen eine Wohnungssuchanzeige. SuS schreiben einen Antwortbrief auf eine Anzeige.	SuS lernen das Preissystem des Immobilienmarktes. Vokabeln und Abkürzungen werden systematisch begriffen. .	45 min	Immoscout.de Immowelt. de
7	Wirtschaftssystem	Szenario: Was passiert wenn du hungrig, krank oder obdachlos bist? SuS suchen Lösungen und spekulieren über Gesundheitsfragen.	Die SuS bekommen Sozialleistungen vom deutschen Staat.	45 min	Lehrerinput zu "Sozialhilfe"

8	Arbeitsmarkt	<p>Statistik über die Arbeitsquote in Ost- und Westdeutschland wird ausgeteilt inklusive Informationen zu Voll-/Teilzeitarbeit, Beschäftigte mit geringer/ guter Ausbildung, Industrie-/Servicesektor, etc. sowie Männer/ Frauen, jung/alt.</p>	<p>SuS lernen die gegenwärtige Situation des deutschen Arbeitsmarktes zu in verschiedenen Dimensionen und unter Berücksichtigung verschiedener Parameter zu analysieren.</p>	45 min	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Globus Infographic Statistik</li> <li>- Arbeitsblatt mit 3 Analyseschritten</li> </ul>
9	Einwanderungspolitik	<p>Lehrer zeigt die Umfrage "Würden Sie in einem Referendum für oder gegen eine begrenzte Einwanderung nach Deutschland stimmen?"</p>	<p>SuS vergleiche ihre eigenen Positionen mit den Ergebnissen der Infratest-Umfrage und diskutieren pro/contra.</p>	15 min	<p><a href="https://www.infratest-dimap.de/typo3temp/_processed_/4/8/csm_Folie4_77_4_3fcaba703.png">https://www.infratest-dimap.de/typo3temp/_processed_/4/8/csm_Folie4_77_4_3fcaba703.png</a></p>
		<p>Die Lehrkraft fragt die SuS nach ihrem Wissen über Einwanderung und schreibt folgende Begriffe an die Tafel: Staatsangehörigkeitsgesetz mehr als eine Staatsangehörigkeit</p>	<p>SuS spekulieren über die Begriffe und erkennen ggf. Dass sie die Begriffe nicht kennen / die Fragen nicht beantworten können. Der Lehrer gibt als Hausaufgabe einen Text</p>	30 min	<p><a href="http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-in-deutschland">http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-in-deutschland</a> <a href="http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56335/ueberblick">http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/56335/ueberblick</a></p>



		<p>Einwanderungsgesetz Integrationsgesetz Anteil an Ausländern in Deutschland 2014 /2015/2016</p>	<p>basierend auf diesen Begriffen zu verfassen und darin auch die eigene Meinung zu artikulieren. Dazu werden die SuS auf Internetseiten verwiesen, die zu dem Thema Auskunft geben können.</p>		<p><a href="http://www.bpb.de/wissen/77WAWR,0,0,Migration.html">http://www.bpb.de/wissen/77WAWR,0,0,Migration.html</a> <a href="https://de.statista.com/themen/46/einwanderung/">https://de.statista.com/themen/46/einwanderung/</a></p>
--	--	---	---	--	--